



Zur Juli-Sitzung ließ sich das Rathaus vom Stadtrat grünes Licht geben für den Flächenkauf. Nun legt die Verwaltung nach und lässt der im Januar 2019 vom Land positiv beschiedenen Fördervoranfrage einen weiteren Antrag auf Gewährung von Geldern zur Erschließung des Industriegebietes H2Region Thüringen/Franken folgen. Auch ein Planer wird beauftragt. Fotos: Ittig (5)/Zitzmann

Industriepark-Fürsprecher setzen sich durch

Der Stadtrat schlägt den nächsten Pfosten ein, um beim Industriegebiet Sonneberg-Süd voranzukommen. Planungsleistungen werden beauftragt und ein Förderantrag an den Freistaat gestellt. Doch die Kritik an dem Vorhaben wird nicht leiser.

Von Andreas Beer

Sonneberg – Gleich drei Redner schickte die CDU/FDP-Fraktion ans Rednerpult als die Frage aufgerufen wurde, ob der Bürgermeister ermächtigt wird, die Vergabe von Planungsleistungen fürs Gewerbegebiet Süd nebst Förderantrag ans Land aufs Gleis zu setzen. Und als ob das Trio nicht gereicht hätte, die Meinung



Uta Bätz.

des stärksten Lagers im Stadtrat kenntlich zu machen? Stellte Stadtratsvorsteher Wilhelm Rainer Häusler (CDU) der Debatte noch eine „persönliche Anmerkung“ voran, wonach ein jedes Ratsmitglied immer auch das künftige Wohl der Bürger im Blick haben müsse. Nicht anders kam es bei Rolf Schwämmlein (FDP) rüber, der den Beschluss als „wichtigen Schritt für die Zukunft der Stadt“ einordnete. Um Industrie und Gewerbe auf weiterhin hohem Niveau zu halten, stelle man sich als CDU/FDP-Fraktion voll hinter die Vorlage der Verwaltung. Uta Bätz (CDU) äußerte: „2020 hat uns gezeigt, dass wir als Gesellschaft neue Wege gehen müssen, um Wohlstand zu erhalten.“ Neue Unternehmen, neue Wirtschaftszweige machen sich notwendig, um im Wettbewerb um die Zukunft gut aufgestellt zu sein. Ein Industriegebiet H2Region mit seinem Focus auf Wasserstoff sei in diesem Sinne richtungsweisend.

Man tue daher gut, das Gelände in

der Gemarkung Heubisch/Unterlind zu erschließen. Der Kritik von Flächenverbrauch und Bodenversiegelung zulasten der Landwirtschaft hielt Bätz entgegen, innerstädtische Erschließungsprojekte seien nicht weniger konfliktbehaftet. Das Hochregallager in Oberland und dessen Nähe zur Wohnbebauung stehe dafür Beispiel.

Andreas Pawletta (CDU) listete auf, man habe seit Mitte der 1990er-Jahre erst die Mittlere Motsch, dann Hönbach/Müß, schließlich Malmerz aufgefüllt mit Gewerbe und Industrie und mittlerweile sei auch das gemeinsame Areal mit Förritz erschöpft. Von daher werde er der Entwicklung eines Industriegebietes H2Region zustimmen, weil



Heiko Voigt.

damit bei vernünftiger Planung die gute Chance bestehe, viele hochwertige Industriearbeitsplätze zu gewinnen. An Investoren bestehe offensichtlich kein Mangel: „Der Heiko hat mir die Liste gezeigt von Weitem. Ich kann nur sagen: Lasst es uns packen.“

Ja, aus zwei Fraktionen

Wohin die Reise bei der Abstimmung gehen wird, wenn im 31 Köpfe zählenden Gremium die 14 Vertreter von CDU/FDP plus Bürgermeister Heiko Voigt zusammenhalten? Davon hatte man spätestens nach der Wortmeldung von Roland Schliewe, dem Fraktionschef der sieben AfD-Mandatsträger, eine klare Vorstellung. Denn Schliewe kündigte ebenfalls ein Ja zur Beschlussvorlage an. Sachlich sei dies geboten, die Vorteile eines solchen Gewerbegebietes sind nicht von der Hand zu weisen, so Schliewe. Anstatt darauf zu setzen, dass immer mehr „Arbeitsplätze auf der Couch“ entstehen, müsse man sich vergegenwärtigen, dass im Zuge „der gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland ein Drittel der Arbeitsplätze wegfallen wird“.

Umgekehrt habe man es in der

Hand, mit Sonneberg-Süd langfristig hochwertige Jobs anzusiedeln und damit zumindest die bislang im Thüringen- und Deutschlandvergleich so mauen Durchschnittsverdienste in der Region zu steigern. Eine Entwicklung, von der auch alle Umlandgemeinden profitieren würden.

Die Jobs, welche die Agroproduktzeit vorhält, um die Äcker zu bewirtschaften, würden hingegen über kurz oder lang verschwinden – sobald autonom fahrende Maschinen die Ernte einbringen, so seine Meinung. Einzige Mahnung an den Stadtchef sei es, bei der Vergabe der Flächen an Investoren auf „den richtigen Mix“ zu achten: Forschungs- und Entwicklungsabteilungen sei unbestritten ein wichtiger Faktor. Aber Geld lasse sich eher mit Industrie und Gewerbe verdienen.



Isolde Baum.

Voigt hatte zuvor geäußert, der Stadt lägen rund zehn Anfragen vor von Unternehmen, die sich eine Ansiedlung vorstellen könnten. In der Summe umfasse dies acht Hektar. Wie mehrfach berichtet, sind im Regionalplan Südwestthüringen 2018 in der Summe rund 80 Hektar als Vorranggebiet für Industrie und Gewerbe berücksichtigt.

Bei der Abstimmung kam unter den 26 Stimmberechtigten zur Sitzung im G-Haus die Mehrheit von CDU/FDP und AfD schließlich zum Tragen. Ihr standen fünf Nein-Voten und eine Enthaltung aus Reihen von SPD und Linke gegenüber.

Zudem tat sich Isolde Baum (Linke)schwer, ihr Kontra an den Mann zu bringen. So kam die Hönbacherin eingangs ihrer Stellungnahme auf das Ergebnis einer Online-Eingabe an den Petitionsausschuss im Thüringer Landtag zu sprechen. Doch gleichauf der Oktobersitzung gabs dafür einen Rüffel, dieses Mal von Stadtratsvorsitzendem Häusler. Dieser fiel Baum ins Wort, die Petition tue nichts zur Sache. Wenn Baum nicht den Gepflogenheiten der Geschäftsordnung folge, werde er ihr

das Wort entziehen. Dem Hickhack zum Trotz übermittelte Baum doch die Nachricht, insgesamt 1622 Bürger wenden sich im Rahmen der Kampagne dagegen, im Dreieck zwischen Sauer-Hochregallager und den Bundesstraßen 89 und 4 den Industriepark hochzuziehen, zulasten der Landwirtschaft. Der Rechtsausschuss des Landtags werde sich am 26. November mit der Petition beschäftigen, kündigte sie an. „Ein Beschluss im Landtag ist zu erwarten.“

Als Häusler neuerlich drohte, Baum das Mikro abzuwürgen, schlug diese einen Haken. Ausdrücklich warnte sie den Stadtrat vorschnell Entscheidungen zu treffen, was die Vergabe von Planungsleistungen angeht. „Dies birgt ein Risiko.“

Jenseits dessen halte sie Erschließungskosten von drei Millionen Euro, wie sie in der ISEK-Studie des Rathauses für Sonneberg-Süd veranschlagt werden, angesichts ständig steigender Baupreise für zu niedrig – eher stehe das Doppelte und Dreifache zu erwarten. Ob die Landesregierung in Erfurt da mitmacht, bleibe fraglich. Und umgekehrt sollten sich Fürsprecher wie Neustadts OB Frank Rebhan erst einmal darum kümmern, ob auch die bayrische Staatsregierung in München bereit ist, Fördermittel auszureichen.

Mandat falsch verstanden

Voigt gab zurück, er habe sich die Petition etwas genauer auf die Ortsmarken der Unterstützer hin angesehen: „Aus Coburg, Erfurt oder Bochum, viele aus Förritz und über



Jürgen Konrad.

400 aus der Stadt Sonneberg“, lautete das Ergebnis. Seine Schlussfolgerung hieß, es könne ja schlecht sein, „dass Bürger aus ganz Deutschland Einfluss nehmen auf eine Entscheidung der Stadt Sonneberg“. An Baum gewandt äußerte Voigt, auch die Gegner des Vorhabens müssten eigentlich der Beschlussvorlage zustim-

men. Einerseits, weil nur durch einen Förderantrag an den Freistaat geklärt werden könne, ob das Vorhaben überhaupt realisierbar ist. Zum Zweiten sei es die originäre Aufgabe eines Planers, belastbare Zahlen zu ermitteln, auf deren Basis der Stadtrat nachfolgend die nächsten Entscheidungen treffen kann. „Diesen Beschluss nicht zu fassen, macht keinen Sinn. Sonst hat man sein Mandat falsch verstanden. Keiner will ohne Unterlagen da draußen etwas tun.“

Der Konkurrent Eisfeld

Einmal mehr warnte der Stadtchef, eine Chance zu verpassen: Ob in Eisfeld, in Rhön-Grabfeld oder am Erfurter Kreuz – überall stünden Konkurrenten parat, ihre Gewerbeflächen an jene Investoren zu veräußern, die in Sonneberg nicht bedient



Roland Schliewe.

werden. Thomas Heine (Linke) rügte derweil, Voigt halte an einem Entwicklungsweg fest, „über den die Zeit hinweggegangen ist“. Das Bürgerbegehren sei vorläufig ad acta gelegt, doch habe

sich damit der Widerstand gegen ein Vorhaben „in dieser Dimension, an dieser Stelle und in dieser Art“ keineswegs erledigt. Einen etwas versöhnlicheren Ton in einer Streitfrage mahnte Jürgen Konrad (Linke) als Schlussredner an. Sich mit bösen Worten zu überziehen, helfe niemanden. Konrad nannte die Bedürfnisse der Landwirtschaft nachvollziehbar, doch müsse man ebenso das Interesse der Stadt sehen: Investoren innerstädtische Brachen anzubieten, gebe es als Option nicht mehr, wodurch eine „behutsame Erschließung“ von Sonneberg-Süd richtig sei. „Dafür braucht es einen Planer.“

„Es wird in sehr kleinen Abschnitten in die Umsetzung gehen“, sicherte Voigt daraufhin zu. Dabei werden „Umweltstandards gesetzt, wie es sie bis jetzt nicht gibt in der Region“, so das Versprechen des Bürgermeisters.